

Wer volle Körbe hat, bekommt noch mehr

Beim Verteilen von Forschungsgeldern greifen Prinzipien wie im wahren Leben: Wer hat, dem wird gegeben werden. So beschrieb es der Evangelist Matthäus. Dass das im deutschen Wissenschaftsbetrieb nicht viel andere ist als etwa in den USA, belegt eine Studie, die Mitte Oktober in Berlin vorgestellt wird. Sie zeigt aber auch eine Lösung.

von Bernd Kramer

Es war eine knappe Entscheidung. Mit einem Forschungscluster zur Mathematik bewarb sich die Universität Leipzig 2007 um Fördergelder aus der Exzellenzinitiative. Die Gutachter fanden lobende Worte – und trotzdem ging Leipzig im Rennen um die Millionen in letzter Minute leer aus. Und nicht nur das: Kurz darauf verließen einige Mathematiker die Hochschule. Nach Freiburg oder Heidelberg gingen die Forscher, ein Physiker folgte einem Ruf nach Konstanz.

Der Geist folgt dem Geld – und die damalige sächsische Wissenschaftsministerin Dr. Eva-Maria Stange (SPD) fand drastische Worte für die Folgen der Exzellenzinitiative: „Hier in Sachsen laufen den Universitäten reihenweise die guten Wissenschaftler davon, weil sie dem Ruf einer Elite-Uni folgen“, sagte sie in einem Interview. Prof. Dr. Hans-Bert Rademacher, Dekan der Fakultät für Mathematik und Informatik der Leipziger Uni, drückt sich heute vorsichtiger aus. „Es ist schwer zu sagen, ob die Kollegen nicht gegangen wären, wenn wir den Zuschlag bei der Exzellenzinitiative bekommen hätten“, sagt er. „Aber unsere Position in Bleibe- und Berufungsverhandlungen wäre mit dem Exzellenzcluster sicher eine bessere gewesen.“

Immer auf die Besten

Wer hat, dem wird gegeben. Der berühmte Satz aus dem Matthäus-Evangelium greift auch bei der Vergabe von Forschungsgeldern. Standorte mit guter Ausstattung und hochkarätigen Forschern gewinnen hinzu, abgeschlagene Hochschulen und Fachbereiche drohen zurückzufallen. Diese Beobachtung als Folge der Exzellenzinitiative machte bereits vor einigen Jahren der Bremer Soziologe Prof. Dr. Uwe Schimank (dus EUROPA 03/2009, S. 7). Das Phänomen ist längst bekannt aus Australien, den USA oder Großbritannien. Zusammen mit seinem Mitarbeiter Frank Meier fragte Schimank in einem Aufsatz, ob das Matthäus-Prinzip in Deutschland nicht mittlerweile mächtiger sei als das Prinzip Humboldt. Er sah die Einheit von Forschung und Lehre in Gefahr, wenn es nur noch darum geht, mög-

lichst viele Drittmittel für die Forschung einzusammeln (<http://ids.hof.uni-halle.de/documents/t1857.pdf>).

Eine neue Studie des Flensburger Hochschulforschers Prof. Dr. Gerd Grözinger und seiner Mitarbeiterin Nadin Fromm, die der duz vorliegt, bestätigt diese Beobachtung. Die beiden untersuchten, wo die Mittel der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) gelandet sind.

Nicht alle Daten, die Grözinger sich für seine Analyse gewünscht hätte, bekam er. Zweimal wurde er bei der DFG in Bonn vorstellig, weil er genauere Förderdaten wollte, aufgeschlüsselt nach Hochschulen und Programmarten. Ohne Erfolg. Teils habe die DFG berichtet, dass genauere Angaben schlicht nicht verfügbar wären. Teilweise verwies sie auf den Datenschutz. „Datenschutz bei öffentlicher Forschungsförderung?“, wundert sich Grözinger. Er vermutet: Der größte deutsche Forschungsförderer wollte einer kritischen Analyse nicht noch das Futter liefern.

Denn die Befunde, die Grözinger berichtet, sind auch so schon brisant. So steigen die Chancen, Fördermittel zu erhalten, mit der Größe einer Hochschule oder eines Fachbereiches deutlich an. Das an sich ist noch nicht verwunderlich: Wo viele Wis-

senschaftler versammelt sind, können auch viele Anträge geschrieben werden. Grözingers Analyse findet allerdings Hinweise darauf, dass der Erfolg bei der Einwerbung von Mitteln überproportional mit der

Größe ansteigt. Pro Kopf erhalten große Fachbereiche deutlich mehr Geld als kleinere. „Je besser ein Fachbereich per-

sonell besetzt ist, desto relativ stärker wird er von der DFG unterstützt“, konstatiert die Studie. „Große Einheiten werden beim gegenwärtigen System der Forschungsförderung bevorzugt.“

Das hat nicht nur Folgen für die Hochschulen, sondern für ganze Regionen. Die Bundesländer profitieren höchst ungleich von den Mitteln, die die DFG verteilt. Nach einem festen Schlüssel zahlt jedes Bundesland entsprechend seiner Finanzkraft und Bevölkerung in den Topf der DFG ein, die anderen zwei Drittel des Budgets stellt der Bund. Durch das Geld aus Berlin bekommt zwar jedes Bundesland unterm Strich mehr an Forschungsförderung heraus, als es zur Finanzierung der DFG aufbringt. Allerdings: Einige Länder bekommen deutlich mehr, als es ihrem Einzahlanteil entsprechen würde. Für Bremen als Stadtstaat mit einer großen Universität erweist sich die DFG als relativ gutes Geschäft, für Brandenburg als Flä-

„Große Einheiten werden beim gegenwärtigen System der Forschungsförderung bevorzugt.“

Wie verteilt man das ganze Geld?

■ **Die Studie:** „Auch Breiten- statt nur Spitzenförderung. Warum EPSCoR ein Vorbild für die DFG sein könnte“ – so lautet der Titel der Studie von Gerd Grözinger und Nadin Fromm. Sie erscheint in Kürze gemeinsam mit den Ergebnissen aus elf weiteren Projekten in einem Sammelband „Neue Governance der Wissenschaft: Reorganisation – externe Anforderungen – Medialisierung“, Transcript Verlag.

■ **Die Konferenz:** Die Ergebnisse der Studie sowie die anderer Untersuchungen werden am 10. und 11. Oktober auf einer Fachkonferenz in Berlin vorgestellt und diskutiert. Die vom Bundesministerium für Bildung und Forschung veranstaltete Tagung „Neue Governance der Wissenschaft“ findet im Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) statt.

Wie kleine US-Hochschulen an die großen herangetragen werden

■ **Die Förderlandschaft:** Die National Science Foundation (NSF) ist das amerikanische Pendant zur Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG). Laut ihren Gründungsstatuten von 1950 soll die NSF nicht nur einen Beitrag zur Stärkung der Wissenschaft leisten, sondern auch einer übermäßigen Konzentration der Fördermittel entgegenwirken.

■ **Das Programm EPSCoR:** In den 1970er-Jahren wurde in der US-Politik der Ruf nach einer allgemeinen Förderpauschale laut, die an alle Bundesstaaten gleichermaßen fließen sollte. Forschungsgelder unabhängig von der Leistung zuzuweisen, eine solche Idee lehnte die wettbewerbsdenkende NSF ab, entwickelte aber ein Programm, um dem Unbehagen entgegenzuwirken. 1979 startete das „Experimental Program to Stimulate Competitive Research“ (EPSCoR).

■ **Die Idee:** Auch in den USA profitieren Bundesstaaten unterschiedlich stark von der nationalen Forschungsförderung. Kalifornien etwa bekommt fast 14 Prozent aller NSF-Mittel, auf New York entfallen sechs Prozent. Kleinere Staaten wie Vermont oder South Dakota erhalten weniger als ein Prozent aller Mittel. Bundesstaaten, die drei Jahre lang weniger als 0,75 Prozent der NSF-Gelder akquirieren konnten, haben daher Zugriff die EPSCoR-Gelder. Ein vom NSF bestimmtes Komitee trifft innerhalb der jeweiligen Bundesstaaten eine Vorauswahl der Forschungsprojekte, die sich um eine Förderung bei der NSF bewerben dürfen. Das Programm ist somit kein Pauschalzuschuss für weniger forschungsstarke Regionen, sondern eher eine Art privilegierte Partnerschaft zwischen der Förderorganisation NSF und dem jeweiligen Bundesstaat. In der Zwischenzeit haben auch andere öffentliche Forschungsförderer in den USA eigene EPSCoR-ähnliche Regionalprogramme geschaffen.

■ **Die Wirkung:** Dem Hochschulforscher Prof. Dr. Gerd Grözingen zufolge fällt die Bilanz des amerikanischen Regionalprogramms verhalten positiv aus. Die Anteile an der regulären Förderung der NSF für die Staaten, die am EPSCoR teilnehmen, steigen im Zeitverlauf – allerdings nur leicht. Insofern scheint das Programm tatsächlich als eine Art Anschubförderung zu funktionieren. Eine Trendwende vermochte es freilich nicht zu bewirken.

■ **Die Kritik:** Das Regionalprogramm gilt als schwerfällig und bürokratisch. Es ist zudem schwer zu kontrollieren, ob EPSCoR-Staaten nicht im Gegenzug ihre eigenen Forschungsbudgets einfach herunterfahren – und sich bequemerweise auf das Sonderprogramm verlassen. Grözinger kritisiert zudem, wie sich der Kreis der antragsberechtigten Bundesstaaten zusammensetzt. Als Kriterium gilt nämlich, welchen Anteil die Staaten jeweils von allen NSF-Ausschüttungen bekommen – unabhängig davon, wie groß sie sind. Kleine, aber vielleicht recht forschungsstarke Bundesstaaten kommen so fast automatisch in den Kreis der Staaten, die Anspruch auf EPSCoR-Mittel haben – während große, aber forschungsschwache Staaten außen vor bleiben. Will man das Programm auf Deutschland übertragen, empfiehlt Grözinger ein gewichtetes Kriterium.

■ **In Deutschland:** Ansätze eines Regionalprogramms, das mit dem EPSCoR vergleichbar wäre, gibt es in Deutschland durch das sogenannte „Niedersächsische Vorab“ der Volkswagen-Stiftung. Ein Teil dieser Fördermittel, mit der die Stiftung die Forschung in Deutschland unterstützt, ist dabei für das Land Niedersachsen reserviert. Das liegt aber weniger daran, dass Niedersachsen eine Zusatzförderung so dringend nötig hätte, sondern hat eher historische Gründe. bk ■

chenland mit kleinen Hochschulen eher als schlechtes. Das regionale Gefälle ist umso größer, je gewichtiger das Förderprogramm ist. Beim sogenannten Normalverfahren, bei dem es in der Regel um vergleichsweise kleine Summen für Projekte einzelner Forscher geht, profitieren die Länder noch einigermaßen gleichmäßig. Bei den oft Millionen Euro schweren Förderungen der Sonderforschungsbereiche und Graduiertenschulen können manche Länder überproportional viel für sich herausholen, während andere kaum Chancen haben.

„Wer bereits viele Forschungsgelder bekommt, hat bessere Chancen auf noch mehr Fördermittel“, sagt Grözinger. Das gelte nicht nur für die DFG: „Den Hochschulen in Deutschland droht die Spaltung.“

Die Studie befeuert damit eine alte Debatte neu. Nach der Exzellenzinitiative warnte der Bamberger Soziologe Prof. Dr. Richard Münch im Jahr 2007 vor einer neuen „akademischen Elite“: Das Geld konzentrierte sich auf große Standorte mit hoher Reputation – während andere zunehmend darben würden. Die Folgen für die Wissenschaft könnten Münch zufolge verheerend ausfallen: Einige Hochschulen ertrinken im Geld, worunter ihre Forschung letztlich gar leiden könne. Denn je größer ein Forschungsprojekt, je mehr Mitarbeiter es umfasst, desto größer wird auch der Aufwand für Koordination und Verwaltung. Kreative Wissenschaftler an kleineren Hochschulen hätten dagegen bald kaum mehr das Geld, um ihren Ideen nachzugehen. In Münchs Szenario kommt es zur Überinvestition in der Spitze und zur Unterinvestition in der Breite. Der Wissenschaft geht es insgesamt schlechter.

Die Debatte wird wieder aufgerollt

Grözinger stimmt der Diagnose zu. „Wir reden immer davon, dass die kleinen und mittleren Unternehmen das Rückgrat unserer Wirtschaft sind“, sagt er. „In der Wissenschaft setzen wir aber vor allem auf Größe und Exzellenz.“ Seine Analyse zeigt die Wunde auf, in die auch Münch den Finger legt: Zu den millionenschwer geförderten Elite-Universitäten wurden während der Exzellenzinitiative vor allem die Hochschulen gekürt, die bereits in der Vergangenheit viele Mittel aus den Töpfen gewinnen konnten. Wer hat, dem hat die Exzellenzinitiative noch einmal etwas gegeben.

Münchs Thesen einer akademischen Elite hatten innerhalb der Forscherzunft eine kontroverse Debatte ausgelöst. Ein Autorenteam warf ihm in der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie methodische Schwächen vor – und versuchte,

die These mit eigenen Daten zu widerlegen. Die Autoren analysierten, welche Anträge im Normalverfahren der DFG erfolgreich waren. Das Ergebnis: Die Größe der Hochschule und deren Reputation spielen für die Bewilligungschancen im Normalverfahren kaum eine Rolle.

Alles halb so wild also? Die Kritik an der Studie und ihrer Schlussfolgerung fiel heftig aus. Münch konterte im selben Fachblatt, die Autoren hätten bewusst Daten gewählt, die zum gewünschten Ergebnis führten – zumal einer der Autoren selbst DFG-Mitarbeiter ist. „Man untersucht also das Programm der Einzelförderung und schließt ganz bewusst genau diejenigen Programme aus, bei denen der größte Einfluss struktureller Unterschiede zu erwarten ist“, antwortete Münch. Andere Wissenschaftler sprangen ihm bei: Nicht in der Einzelförderung zeigten sich die Risse innerhalb der Hochschullandschaft, sondern in den großen Förderprogrammen, in Sonderforschungsbereichen oder Exzellenzclustern.

So sieht es auch Grözinger. Er vermutet, dass die Schieflagen in der Forschungsförderung noch zunehmen werden – weil die Bedeutung des Normalverfahrens sinke. 2003 entfielen noch 35,1 Prozent auf dieses Förderprogramm. Inzwischen liegt der Anteil bei gut 30 Prozent.

DFG-Präsident Prof. Dr. Peter Strohschneider weist die Kritik zurück. Der Eindruck, dass die Bedeutung des Normalverfahrens sinke, lasse sich einzig auf die neu dazugekommenen Exzellenzprogramme zurückführen. „Die DFG hat de facto die Einzelförderung kontinuierlich gestärkt“, sagt er. „Zuletzt durch die Umschichtung erheblicher Mittel aus dem Programm Sonderforschungsbereiche in das Normalverfahren.“

Grözinger bleibt skeptisch. „Wenn die DFG erkannt hat, dass sie mit der Konzentration auf Großprogramme über das Ziel hinausgeschossen ist, ist das natürlich zu begrüßen“, sagt er. „Trotzdem muss man vorsichtig sein, ob das wirklich substanzielle Veränderungen bedeutet.“

Wie lässt sich eine Schieflage in der Förderpolitik verhindern? In seiner Studie rät Grözinger dazu, sich an den USA zu orientieren. Seit den 1970er-Jahren unterhält die National Science Foundation (NSF), das amerikanische Pendant zur DFG, ein Aufholprogramm für abgeschlagene Bundesstaaten und Hochschulen (s. Kasten S. 32). Das Prinzip: Bundesstaaten, die wenig Fördermittel abgreifen konnten, bekommen mit ihren Hochschulen Zugriff auf einen eigenen Fördertopf – um ihnen den Anschluss an die Erfolgreichen zu erleichtern. Eine Idee für Deutschland, findet Grözinger. „Wir

schauen doch sonst immer in die USA“, sagt er. „Warum lassen wir uns eigentlich nicht davon inspirieren, wenn es darum geht, die Kleinen stark zu machen?“

Der Vorschlag wäre ein echtes Novum. Entsprechend verhalten sind die Reaktionen. Prof. Dr. Horst Hippler, Chef der Hochschulrek-



Den schrumpeligen Rest ...

... der Forschungsförderung bekommen meist die kleinen Forschungseinrichtungen. Für die große Ernte sind sie einfach nicht groß genug.

torenkonferenz, möchte die Idee nicht kommentieren. Ablehnend reagieren auch die großen Uni-Tanker. Etwa die RWTH Aachen. Sie kann Jahr für Jahr mit die meisten DFG-Gelder auf sich vereinen, im Förderranking steht sie stets an erster oder zweiter Stelle. Ein Aufholprogramm für die Abgeschlagenen? Nicht nötig, meint RWTH-Rektor Prof. Dr. Ernst Schmachtenberg. „Die Ungleichheiten in den USA sind viel größer als in Deutschland“, sagt er. „Wie erfolgreich eine Hochschule bei der Einwerbung von Drittmitteln ist, ist keine Frage der Größe oder des Geldes, sondern eine der Schwerpunktsetzung und Organisation. Da müsste man ansetzen, statt einfach einen Extra-Fördertopf für die Zurückgebliebenen zu schaffen.“

Aus Grözingers Sicht ist die Ablehnung der großen Unis zwar nicht überraschend – aber zu kurz gedacht. Denn auch sie hätten etwas davon, wenn sie die Kluft zu den ärmeren Unis nicht zu groß werden ließen. Zum Beispiel, weil an den vielen kleinen und mittleren Unis die Menschen studieren und promovieren, aus denen auch die Großen ihre Nachwuchsforscher rekrutieren. Und weil umgekehrt Nachwuchsforscher der drittmittelstarken Universitäten durchaus auch an einer kleineren Hochschule landen

könnten. „Wenn die Mittel gleichmäßiger verteilt wären, gäbe es nicht die Gefahr, dass man von einer reinen Forschungsuni kommt und an einer Lehrhochschule landet.“

Die DFG selbst, auf die Grözingers Vorschlag unter anderem zielt, winkt jedoch ab. „Die DFG hat andere Aufgaben als die NSF und erfüllt sie in einem gänzlich anders strukturierten Wissenschaftssystem“, meint ihr Chef Strohschneider. „Die DFG wird von Bund und Ländern finanziert und ihre zusätzlichen Fördermittel setzen deswegen voraus,

dass für die beantragten Projekte eine angemessene Grundausstattung vorhanden ist.“ Oder anders gesagt: Den Abgeschlagenen das Aufholen zu ermöglichen, ist eine Aufgabe, für die andere zuständig sein sollen. Zum Beispiel die Länder.

Nach der Exzellenzinitiative haben tatsächlich einige Länder eigene Wettbewerbe gestartet, die dafür sorgen sollten, dass ihre Hochschulen den Anschluss an die neu gekürten Elite-Unis nicht verlieren. Hessen etwa legte für seine Forschungsstandorte das Programm „Loewe“ auf, auf das auch die DFG lobend verweist. Gewonnen ist mit solchen Landesprogrammen aber kaum etwas, meint etwa der Darmstädter Soziologe Prof. Dr. Michael Hartmann. Loewe wiederhole das Prinzip der Exzellenzinitiative im kleinen Maßstab. Wer hat, dem wird gegeben – nun eben innerhalb der Grenzen eines einzelnen Bundeslandes.

Auch Grözinger glaubt nicht, dass sich die Schieflage allein mit Landesprogrammen beheben ließe. „Dazu müssten die zunehmend finanzschwachen Länder erst einmal in die Lage versetzt werden, sich das leisten zu können.“ ■

Bernd Kramer
ist Journalist in Berlin.